

DIE ZAHL 100,3

Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden im kommenden Jahr Spaniens Schulden betragen. Das sind umgerechnet 1270 Milliarden Franken. Damit wird das Land 2015 trotz einer Ausgabenkürzung bei der Gesamtverschuldung erstmals die Marke von 100 Prozent der Wirtschaftsleistung überschreiten. Das geht aus dem Etatentwurf der konservativen Regierung für's nächste Jahr hervor. Dieser wurde ges-



tern dem Parlament in Madrid vorgelegt. «Das ist der Etat der Konsolidierung der wirtschaftlichen Erholung», sagte Finanzminister Cristóbal Montoro bei der Präsentation im Abgeordnetenhaus. Die spanische Staatsverschuldung beträgt bisher – mit Stichtag vom vergangenen 30. Juni – 96,4 Prozent. (dpa)

UBS hat Kautions bezahlt

ZÜRICH. Die UBS hat die von der französischen Justiz geforderte Kautions über 1,1 Milliarden Euro bezahlt. Das bestätigten ein Anwalt der Bank sowie eine Quelle aus der französischen Justiz gestern gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. Der UBS-Anwalt verwies indes darauf, dass die Zahlung unter Vorbehalt der weiteren rechtlichen Schritte der UBS erfolgt sei.

Die französische Justiz hatte die Ermittlungen gegen die Schweizer Grossbank wegen mutmasslicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Juli ausgeweitet und ein Verfahren wegen Geldwäscherei eingeleitet. Zudem wurde mit Blick auf eine mögliche Busse verlangt, dass die UBS für die weitere Tätigkeit ihres grenzüberschreitenden Geschäfts bis Ende September eine Kautions hinterlegt. In der Folge legte die Bank Berufung beim Kassationsgerichtshof ein und stellte den Gang vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Aussicht. Das Einlegen des Rechtsmittels hatte indes keine aufschiebende Wirkung. (sda)

Ebay gliedert PayPal doch aus

SAN JOSE. Lange hat sich Ebay gegen den Druck von Investoren gestäubt, doch nun soll der Bezahlendienst PayPal doch ausgegliedert werden. Im nächsten Jahr werden sich die Wege trennen, wie PayPal gestern mitteilte. Zwei Unternehmen zu schaffen, sei der beste Weg, die Wachstumsmöglichkeiten im Sinne der Aktionäre auszunutzen, heisst es in der Mitteilung. Der bisherige Ebay-Chef John Donahoe wird seinen Posten verlieren. Neuer Chef wird Devin Wenig, bislang Präsident von Ebay Marketplaces. (sda)

Benachteiligung Liechtensteins

Oftmals betrachtet man in Liechtenstein Steuergesetze anderer Länder mit Skepsis und fühlt sich teilweise auch diskriminiert. Zu Recht, wie eine Veranstaltung der liechtensteinischen Vereinigung für Steuerrecht (IFA) zeigte.

MARIO BEIB

SCHAAN. Wie schwer die Einstufung von steuerlicher Diskriminierung eines Landes ist, zeigte gestern eine Veranstaltung im SAL in Schaan zum Thema Steuergesetze und möglichen Auswirkungen internationaler Steuergesetzgebung auf das Fürstentum. Veranstaltet wurde diese Runde von ausgewiesenen Fachleuten von der liechtensteinischen Landesgruppe der International Fiscal Association (IFA).

Zusammenarbeit wichtig

Liechtenstein habe sich natürlich auch an internationale Gesetze zu halten. Nicht umsonst arbeite man mit anderen Ländern und nicht zuletzt mit der EU zusammen, auch in der Steuergesetzgebung. «Und das ist auch gut so», sagte Regierungschef Adrian Hasler bei der Eröffnung der Veranstaltung. Eine solche Zusammenarbeit sei natürlich wichtig, dabei solle Liechtenstein aber auch auf Augenhöhe mit den Partnern agieren und durch Gesetze nicht diskriminiert oder wirtschaftlich benachteiligt werden.

Wie schwer es ist, durch Gesetze nicht diskriminiert zu werden, zeigten die Beiträge von Andrea Entner-Koch, Leiterin der Stabsstelle EWR der Regierung, Philip Kermode, Direktor für direkte Steuern der EU-Kommission, Rechtsanwalt Mario Frick und Björn Viebrock, Steuerberater und Rechtsanwalt aus Deutschland. Die Kernfragen drehten sich um die «Freizügig-



Bild: Elma Korac

Diskutierten die neusten Entwicklungen im internationalen Steuerrecht: Rechtsanwalt Mario Frick, Andrea Entner-Koch, Leiterin der Stabsstelle EWR der Regierung, Philip Kermode, Direktor für direkte Steuern der EU-Kommission, Rechtsanwalt Björn Viebrock und Irene Salvi, Vorstandsmitglied der IFA Liechtenstein und Leiterin Internationales der Steuerverwaltung Liechtenstein.

keit» von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital im Zusammenhang mit der gleichen oder unterschiedlichen Behandlung dieser Freizügigkeit in den Staaten der EU und in den Staaten des EWR oder in Drittländern. Wird man nur aufgrund der Tatsache «diskriminiert», weil man im «falschen» Raum lebt und seine Geschäfte betreibt und anbietet? Wird ein Staat mit niedrigen Steuern – also auch Liechtenstein – von vorneherein benachteiligt oder von der EU

oder anderen Staaten unter Druck gesetzt?

Folgt man den meisten Referenten, kann es nur eine Antwort geben. Liechtenstein und andere Länder mit niedrigen Steuern werden diskriminiert. Einerseits durch die ungleiche Behandlung bei den vier «Freiheiten» zwischen EWR- und EU-Staaten. «Hat eine Liechtensteiner Unternehmung ein Haus in Frankreich», veranschaulichte Entner-Koch, «dann muss diese Unternehmung drei Prozent Steuern

auf dieses Haus zahlen.» Besässe oder kaufe ein französisches oder deutsches Unternehmen dieses Haus, entfielen die Steuerabgaben.

Zudem würde das sogenannte CFC (controlled foreign company)-Gesetz verhindern, dass Investitionen in Niedrigsteuerländern wie Norwegen oder Liechtenstein getätigt würden. Denn mit dem Gesetz soll bewirkt werden, dass Kapital auch in diesen Ländern so besteuert würde wie im Herkunftsland. Laut Mario Frick führt das zu

einer klaren Benachteiligung von Liechtenstein.

Noch einfacher sieht es Viebrock. Er spricht von klarer Diskriminierung Liechtensteins, zumindest bezüglich Stiftungen. Investiere ein Deutscher in eine liechtensteinische Stiftung, würde er doppelt besteuert – nicht nur für das eingelegte Kapital, sondern auch noch für die Erträge daraus. Zumindest bis jetzt. Eine diesbezügliche Entscheidung des Bundesfinanzgerichtshofes steht noch aus.

US-Richter will Argentinien bestrafen

Argentinien's Clinch mit US-Hedgefonds findet kein Ende. Der New Yorker Richter, der das Land verdonnert hatte, Schulden bei den Fonds zu bezahlen, will Argentinien nun wegen Urteilsmissachtung bestrafen.

NEW YORK/BUENOS AIRES. Der zuständige New Yorker Bezirksrichter Thomas Griesa hatte am Montag Argentinien verboten, andere Gläubiger zu bedienen, solange das Land Forderungen von US-Hedgefonds über mindestens 1,5 Milliarden Dollar nicht beglichen hat.

Argentinien hatte zuletzt ein neues Gesetz verabschiedet, um seine Rechnungen weiter zahlen zu können, ohne die Hedgefonds zu bedienen. Das wertete Griesa als illegal. Über Höhe und Art der Sanktionen soll erst später

entschieden werden. Argentinien's Aussenminister Héctor Timerman bezeichnete die Entscheidung des Richters als «eine Verletzung des internationalen Rechts», die keine praktischen Folgen habe. Griesa habe den «traurigen Rekord» erzielt, der erste Richter zu sein, der einen souveränen Staat wegen eines Schuldenstreits der Urteilsmissachtung bezichtigte, hiess es in einer Erklärung in Buenos Aires.

Der Rechtsstreit findet in den USA statt, weil die Anleihen einst unter amerikanischem Recht

aufgelegt wurden, um sie für Anleger attraktiver zu machen. Die Schulden resultieren aus der Staatspleite von 2001. Die Hedgefonds hatten damals die Umschuldungen verweigert und auf volle Rückzahlung geklagt. Weil Argentinien sich beharrlich sträubt, gilt das Land nun als technisch zahlungsunfähig.

Umwandlung angeboten

Um die Staatspapiere unter heimisches Recht zu stellen, und sie so dem Zugriff von US-Richtern und Hedgefonds zu entzie-

hen, hatte Argentinien zuletzt ein neues Gesetz verabschiedet. Die Regierung will Anleihehaltern anbieten, ihre Titel umzutauschen, um sie – am Arm der US-Justiz vorbei – in Buenos Aires bedienen zu können. Gegen diesen Plan hatten die Hedgefonds geklagt. Richter Griesa schlug sich nun auf ihre Seite: «Die Absicht, die Vorgänge aus den USA heraus zu verlagern, um die verbotenen Zahlungen ausführen zu können, ist illegal.» Allerdings wollte er sich den Forderungen, das Land mit

50 000 Dollar Strafe pro Tag zu belegen, solange die Schulden bei den Fonds offen sind, nicht anschliessen. Über Höhe und Art der Sanktionen solle erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Argentinien hatte im Vorfeld der Anhörung am Montag bereits deutlich gemacht, dass es die von den Hedgefonds geforderten Geldstrafen nicht zahlen würde. Das geht aus den beim Gericht eingereichten Unterlagen und einem Brief an US-Aussenminister John Kerry hervor. (sda)

Ford schockt Anleger

DEARBORN. Beim Investorentag machen Firmen normalerweise Werbung für die eigenen Aktien. Ford misslang das zum Wochenbeginn gründlich – die Papiere gingen mit dem tiefsten Schlusskurs seit März aus dem Handel.

Der US-Autobauer Ford hat Aktionäre mit einem deutlich gesunkenen Geschäftsaussicht schockiert. Nur drei Monate, nachdem er das Steuer übernahm, erklärte der neue Chef Mark Fields beim Investorentag am Montag, dass sein Unternehmen dieses Jahr viel weniger als bisher erwartet verdienen dürfte. Auch 2015 wird nicht wie erwartet lau-

fen: Wegen der Krise um Russland und die Ukraine verfehlt Ford die angepeilten schwarzen Zahlen im Europa-Geschäft. Die Aktie stürzte regelrecht ab.

Vor Steuern peilt Ford laut seiner gekappten Prognose dieses Jahr sechs Milliarden Dollar Gewinn vor Steuern an. Das sind etwa 1,5 Milliarden weniger als das Unternehmen zuletzt vorhergesagt hatte und 2,5 Milliarden weniger als 2013. Zwar soll der Wert nächstes Jahr auf 8,5 bis 9,5 Milliarden steigen – Europa wird aber mit minus 250 Mio. Dollar weiterhin Verluste einfahren. (sda)

Obligationenfonds	Valor	Datum	Preis	Performance		
				YTD	- 3J p.a.	- 5J p.a.
LGT Bond Fund EMMA LC (CHF) B	13363468	29.09.14	CHF 1'183.67	10.3%	-	-
LGT Bond Fund Global Inflation Linked (CHF) B	14857804	29.09.14	CHF 983.84	2.5%	-	-
LGT Bond Fund Global Inflation Linked (EUR) B	1775553	29.09.14	EUR 1'185.60	2.8%	0.8%	3.1%
LGT Fixed Income Dynamic Shield (CHF) B	12139193	29.09.14	CHF 1'008.00	-0.9%	-0.1%	-
LGT Sustainable Bond Fund Global (EUR) B	10689290	29.09.14	EUR 1'341.22	10.2%	5.3%	-
Aktienfonds						
LGT Select Equity Asia/Pacific ex Japan (USD) B	2653630	29.09.14	USD 2'395.45	4.8%	9.1%	8.5%
LGT Select Equity Europe (EUR) B	2653640	29.09.14	EUR 1'718.95	3.0%	19.0%	10.3%
LGT Select Equity North America (USD) B	2653656	29.09.14	USD 1'818.96	1.3%	15.6%	12.5%
Strategiefonds						
LGT Strategy 3 Years (CHF) B	823213	26.09.14	CHF 1'266.83	4.0%	3.5%	2.3%
LGT Strategy 4 Years (CHF) B	823220	26.09.14	CHF 1'203.90	4.2%	5.0%	2.7%
LGT Strategy 5 Years (CHF) B	1935291	26.09.14	CHF 1'340.67	4.0%	5.8%	3.0%
LGT Alpha Indexing Fund (CHF) B	10110299	22.09.14	CHF 1'388.89	5.4%	7.0%	4.9%
Rohstofffonds						
LGT Commodity Active Fund (USD) B	13422922	29.09.14	USD 774.45	-8.5%	-	-

Alle Angaben ohne Gewähr